

# Genfer Steuersegen geht weiter

*Rohstoff- und Energiehändler haben jahrelang keine Steuerrechnungen erhalten – nun liefert der Kanton dem Bund noch mehr Geld ab als erwartet*

FABIAN SCHÄFER, BERN

Sonderbar war die Geschichte schon immer. Anfang Jahr hat die Finanzministerin Karin Keller-Sutter bekanntgegeben, dass die finanziellen Aussichten des Bundes zwar weiterhin nicht gut sind, aber etwas besser als angenommen. Einer der Gründe, die sie nannte, sorgte schon damals für Stirnrünzeln: Der Kanton Genf hatte dem Bund soeben mitgeteilt, dass einige seiner Unternehmen kurzfristig deutlich mehr Steuern bezahlen als erwartet.

Konkret geht es vor allem um Rohstoff- und Energiehändler, die in den Jahren 2022 und 2023 ungewöhnlich hohe Gewinne erzielten, weil die Preise stark gestiegen waren. Bis anhin ging man in Keller-Sutters Departement davon aus, dass sich der unerwartete Geldsegen aus Genf in den Jahren 2025 bis 2028 auf etwa 2,5 Milliarden Franken belaufen dürfte. So ist es auch

im Budget und in den Finanzplänen eingestellt.

Doch nun kommt es noch besser. Am Montag hat die Eidgenössische Finanzverwaltung bekanntgegeben, dass aus Genf noch einmal zusätzliche Mehreinnahmen von 600 bis 800 Millionen Franken zu erwarten sind. Ob dies nun tatsächlich der definitive Stand ist, bleibt ungewiss. «Die Abklärungen laufen noch», erklärt die Finanzverwaltung vielsagend.

## Das Gesetz verletzt

Die Gründe für die erneute Überraschung werfen kein gutes Licht auf die Genfer Steuerbehörden. In den Worten der Finanzverwaltung: «Vergangene Woche hat der Bund vom Kanton Genf erfahren, dass für die Jahre 2019 bis 2024 Unternehmen in einem grösseren Umfang als bisher angenommen keine provisorischen

Steuerrechnungen ausgestellt wurden.» Schonungslos hält die Finanzverwaltung fest, das Vorgehen der Genfer widerspreche den gesetzlichen Vorgaben. Zumindest eine provisorische Rechnung hätten die Firmen erhalten müssen. Der Kanton werde dies nun nachholen «und den rechtswidrigen Zustand damit korrigieren».

Finanzpolitisch sind die Auswirkungen für den Bund ambivalent. Kurzfristig darf sich das Parlament freuen: Die Debatte über das Budget für das kommende Jahr, die in der Dezembersession stattfinden wird, dürfte wesentlich entspannter verlaufen als angenommen. Der bisherige Entwurf des Bundesrats sieht nur einen relativ kleinen Spielraum von 100 Millionen Franken vor.

Nun kommen aber dank den unverhofften Einnahmen aus Genf 300 Millionen hinzu. Will heissen: Das Parlament könnte theoretisch 400 Millionen mehr ausgeben als vom Bundesrat vorgeschla-

gen und würde die Vorgaben der Schuldenbremse immer noch einhalten, wenn auch nur hauchdünn.

Allerdings könnte sich das wenig später rächen. Denn die Nachricht aus Genf hat noch einen zweiten Teil: Der Bund wird zwar in den Jahren 2025 und 2026 deutlich mehr Geld von den Genfer Firmen erhalten – in den zwei folgenden Jahren aber etwas weniger als bisher angenommen.

## Ab 2027 sieht es schlechter aus

Laut der Finanzverwaltung sind die Unterschiede in den Jahren 2027 und 2028 zwar nicht sehr gross. Relevant sind sie trotzdem, weil der finanzielle Druck in diesen Jahren bereits relativ gross ist. Um den Haushalt im Lot zu halten, hat der Bundesrat ein Entlastungspaket geschnürt. Aber dieses ist heftig umstritten. Wenn es scheitert, droht laut den jüngsten Zahlen des Bundes 2027 ein

Minus von 2 Milliarden Franken. Ein Jahr später wären es 3 Milliarden. Damit würde die Schuldenbremse nicht mehr eingehalten.

Mit anderen Worten: Die Nachrichten aus Genf bewirken für den Bund nur auf den ersten Blick eine Erleichterung. Auf den zweiten sieht es sogar etwas schlechter aus. Der Bundesrat setzt mit seinem Paket vor allem beim Ausgabenwachstum an. Er will es in vielen Bereichen wie Klimapolitik, Flüchtlingsintegration, Eisenbahn und Entwicklungshilfe kürzen. Im Gegenzug soll das Armeebudget stark steigen. Noch viel stärker nehmen die Ausgaben für die AHV zu.

Falls das Entlastungspaket scheitert oder stark verkleinert wird, dürften schon bald Steuererhöhungen zur Debatte stehen. Das Parlament hat somit fast nur unpopuläre Optionen – sofern es nicht auf weitere Wunder aus Genf hoffen will.